

Lieber in die Poliklinik

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen**

Band (Jahr): **2 (1976)**

Heft 9

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-358470>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Lieber in die Poliklinik

Wegen Ausfluss suchte ich den Frauenarzt auf. Dieser verordnete mir Medikamente, ohne vorher einen Abstrich gemacht zu haben. Ueber ein halbes Jahr blieb ich in Behandlung und nahm täglich Medikamente. Dann schliesslich schloss der Arzt die Behandlung ab, wiederum ohne einen Abstrich

dass die Therapie gegen Ausfluss an der Poliklinik sich nie auf ein halbes Jahr erstreckte, sondern meist nur auf zwei Wochen. Der privat praktizierende Arzt, den ich zuerst aufgesucht hatte, arbeitete auch sonst unsorgfältig: die Abgabe der Pille erfolgt kommentarlos (keine Anga-



zu machen, d.h. er konnte also nicht feststellen, ob die Infektion abgeklungen war. Ich musste weiterhin Medikamente anwenden (lokal) nach persönlichem Ermessen. Da mir die ganze Angelegenheit immer unheimlicher wurde, ging ich in die gynäkologische Poliklinik. Dort wurde sogleich ein Abstrich gemacht und genau untersucht. Der behandelnde Arzt teilte mir mit, dass keine Infektion mehr besthe und ich sofort mit den Tabletten Schluss machen solle. Was an Ausfluss noch da sei, gehe nicht auf eine Infektion zurück, sondern wahrscheinlich auf eine vermehrte Sekretion infolge Pille. Der Arzt teilte mir ausserdem mit, dass die Ursache des Ausflusses nur durch einen Abstrich geklärt werden kann und

ben darüber, wann sie wirkungslos ist und keine Untersuchung, ob ev. Krankheiten vorliegen, die eine Einnahme nicht gestatten).

Seither gehe ich nur noch in die Poliklinik, weil sie sich dort Zeit nehmen und meine Fragen zu beantworten versuchen und bereit sind, die nötigen Untersuchungen zu machen.

Spontane Aktionen

Spontan gingen diesen Sommer Frauen auf die Strasse mit Transparenten, Unterschriftenbögen, Flugblätter; darunter waren Frauen, die vorher nie so etwas gemacht hätten. Doch jetzt fanden sie alle: so lassen wir nicht weiter mit uns verfahren! Jetzt ist's genug.

Worum es ging: Infolge der Kürzung der Bundessubventionen an die Krankenkassen um rund 10 %, empfahl das schweizerische Krankenkassenkonkordat den Krankenkassen, die gynäkologischen Vorsorgeuntersuchungen künftig nicht mehr zu bezahlen.

Bern: 5000 Bernerinnen unterschrieben an nur vier Sammeltagen die Krebsabstrich-Petition der Progressiven Frauen Bern (PFBe), der Frauenbefreiungsbewegung (FBB), der schweizerischen Gesellschaft für ein soziales Gesundheitswesen und der Arbeitsgruppe Medizin. Gefordert wird das Recht der Frauen auf einen gründlichen und sozialen Gesundheitsschutz, Uebernahme der gynäkologischen Vorsorgeuntersuchungen durch die Krankenkassen; um eine Prämien-erhöhung zu vermeiden, sollen diese direkt vom Kanton subventioniert werden. Die gleichen Forderungen stellte Grossrat Beat Schneider, POCH, im Grossen Rat. Sein Vorstoss wird im November im Rat behandelt werden.

Zürich: In einem Protestbrief ans kantonale Krankenkassenkonkordat verlangten die PF Zürich und die FBB, dass die gynäkologischen Vorsorgeuntersuchungen weiterhin von den Kassen bezahlt werden. Die innerhalb kurzer Zeit gesammelten 4000 Unterschriften zeigen, dass auch hier die Frauen genug haben von einer Gesundheitspolitik, die immer mehr verlangt - die Prämien steigen beständig - und immer weniger gibt.

Solothurn: Kantonsrat Hafner, POCH, setzte sich in einem Vorstoss im Kantonsrat für die Frauen ein. Er forderte direkte Subventionierung der Frauenprämien. Der Regierungsrat solle Einfluss nehmen auf die Verhandlungen zwischen Kassen und Aerzteschaft, damit die Vorsorgeuntersuchungen in die Pflichtleistungen der Kassen aufgenommen würden.

Genf: Rund 200 Frauen zogen in einem Demonstrationszug vor den Sitz der Vereinigung der Genfer Krankenkassen sowie zum Departement für soziale Fürsorge und des öffentlichen Gesundheitswesens. Sie protestierten damit gegen diese Einsparungen auf dem Rücken der Frauen.

Zum Reden keine Zeit

In Bern gibt es eine Untersuchungsstelle für Krebsfrüherfassung bei Frauen. "Krebs ist eine Volksseuche und man muss vorgehen wie bei anderen Volksseuchen auch", sagte der Gesundheitsdirektor. Hier werden ein Krebsabstrich und eine Brustuntersuchung gemacht. Immerhin etwas! Aber: jede Frau muss sofort Fr. 50.- in bar zahlen. Für einen vaginalen Abstrich, eine Gebärmutterkontrolle oder Laboruntersuchungen von Blut und Urin muss sie zu einem anderen Arzt gehen.

Geht es den Gynäkologen nur darum, in möglichst kurzer Zeit möglichst viele 50-Franken-Scheine zu kassieren? Hat man Beschwerden, ist es sinnlos, in diese Untersuchungen zu gehen. "Zum Reden ist hier keine Zeit, gehen Sie zu Ihrem Privatarzt, wenn sie etwas haben", sagt schon im Wartezimmer ein Tonband.

Frechheit!

Eine Frau wurde von ihrem Frauenarzt beim ersten Besuch von oben bis unten gemustert. Sein Kommentar: "Si würdet en hübschi Schwangeri gä."

PETITION an den BUNDES RAT

Die Unterzeichneten fordern den Bundesrat auf, alles zu tun, dass

1. die gynäkologischen Vorsorgeuntersuchungen sofort und zu einem einheitlichen Tarif wieder von den Kassen übernommen werden, und dass endlich alle Frauen in den Genuss dieser Untersuchungen kommen.
2. anlässlich der "kleinen Revision" des KUVG der Grundsatz gleiche Prämien für Mann und Frau verwirklicht wird.
3. Absatz 4 des schon 1945 vom Volk angenommenen Familienschutzartikels betreffend die Einrichtung einer Mutterschaftsversicherung in Realität umgesetzt wird.
4. durch die Einrichtung einer Familienversicherung Familien wirkungsvoll entlastet werden.

emanzipation

Jahresabonnement Fr. 5.—
Unterstützungsabo. Fr. 10.—

Ich abonniere die (emanzipation)

Name _____
Vorname _____
Beruf _____
Strasse _____
PLZ/Ort _____
Unterschrift _____

NAME	VORNAME	BERUF	ADRESSE	PLZ WOHNORT

Einsenden an: (emanzipation)
Postfach 338, 4001 Basel
PC 40-31468

Spenden Unsere Kampagne kostet Geld! Bitte unterstützt diese Petition auch finanziell! S P E N D E N erbeten auf PC 40 - 15637.